

Simonis, Udo E.

Book Part

Umweltkrise in den Entwicklungsländern

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1984) : Umweltkrise in den Entwicklungsländern, In: Deutsches Übersee-Institut (Hamburg) (Ed.): Jahrbuch Dritte Welt 1984. Daten, Übersichten, Analysen, ISBN 3-406-09453-8, Beck, München, pp. 24-36

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122709>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

II. JAHRBUCHFORUM

Umweltkrise in den Entwicklungsländern

Einführung

In bewegten Worten und mit dramatischen Berichten haben das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und sein Direktor, Mostafa K. Tolba, immer wieder und erneut auf die Umweltkrise der Welt im allgemeinen und die der Länder der Dritten Welt im besonderen aufmerksam gemacht. So wie sich das ökonomische Gefälle zwischen Nord und Süd weiter vertieft, verlieren die Entwicklungsländer auch in ökologischer Hinsicht. Das ökologische Nord-Süd-Gefälle nimmt (unvermeidlich) zu: Je erfolgreicher die Umweltpolitik in den Ländern des Nordens wird (Zweifel an der Effektivität der praktischen Umweltpolitik in den Industrieländern sind aber weiterhin angebracht), um so bedeutsamer dürfte die fortschreitende Umweltkrise in den Entwicklungsländern für die Welt insgesamt werden. Das ökologische Problembewußtsein und die Problemlösungsfähigkeit sind (trotz aller Zweifel und Kritik) im Norden weiter entwickelt als im Süden. Wenn auch die Welt als ökologische Einheit begriffen werden kann, so ist sie umweltpolitisch dennoch gespalten. Ein neues Thema tut sich auf, der Nord-Süd-Dialog erhält eine neue (ökologie-politische) Dimension.

Allgemeiner Problemaufriß

Ganz ohne Zweifel hat die Umweltkonferenz von Stockholm im Jahre 1972 dazu beigetragen, die öffentliche Meinung und das Bewußtsein der Bevölkerung über Umweltfragen zu sensibilisieren – und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden. In vielen Ländern der Welt ist das Problembewußtsein inzwischen in institutionalisierte Formen gegossen, das Umweltproblem wird „behandelt“. Gab es 1972 nur 10 Länder mit einer irgendwie organisierten Umweltverwaltung (Ministerien, Räte, Kommissionen und andere Einrichtungen), so beträgt diese Zahl inzwischen etwa 120, darunter etwa 80 Entwicklungsländer. Ebenfalls hat „Ökoentwicklung“ – als Ansatz zur Harmonisierung von Entwicklungs- und Umwelt(schutz)zielen – inzwischen breite Resonanz gefunden. Doch hat die ökonomische Krise, die bald nach Stockholm einsetzte, die Situation erheblich kompliziert: Während man nunmehr durch Erfahrung weiß, daß wirtschaftliche

Stagnation bzw. niedrige Wachstumsraten der Wirtschaft allein kein Heilmittel gegen Umweltzerstörung sind (wie dies zu Beginn der 70er Jahre vielfach angenommen wurde), ist der Konflikt zwischen (kurzfristigen und kurzsichtigen) ökonomischen Interessen und (langfristigen und weitsichtigen) ökologischen Notwendigkeiten im Norden wie im Süden nicht geringer, sondern eher stärker geworden. Die Umweltbewegungen haben an der Zahl, weniger aber an Einfluß zugenommen; sie sehen sich konfrontiert mit machtvollen ökonomischen Sonderinteressen, die vor allem ein Argument hervorheben, das des Verlustes an internationaler Wettbewerbsfähigkeit: „Wie sollen wir wettbewerbsfähig bleiben (werden), wenn wir die Umweltnormen verschärfen“? Selbst bei allgemein zunehmender Arbeitslosigkeit wurde das Beschäftigungspotential des Umweltschutzes bisher bestenfalls teilweise erkannt. Ein (lobenswertes) Beispiel scheint die Energieeinsparpolitik (nach dem ersten Ölpreisschock von 1973) zu sein, die positive Umweltentlastungseffekte (Reduzierung der Ausbeutungsrate des Ressourcenverbrauchs, Reduzierung der Schadstoffabgabe) hat. Die Energieeinsparung ist aber nicht verteilungsneutral verlaufen, und zwar weder national noch (und vor allem) international besehen. In den ölimportierenden Entwicklungsländern hatte die neue Situation in doppeltem Sinne negative Umweltwirkungen: Einerseits hat die „zweite Energiekrise bei den Armen“ einen verheerenden Effekt auf den Waldbestand (Ersatz von Kerosin durch Brennholz) und damit auf Bodenfruchtbarkeit und Nahrungsmittelproduktion. Andererseits bewirkte die entstehende Zahlungsbilanzkrise eine übermäßige Nutzung und vermehrten Abbau exportierbarer natürlicher Ressourcen (Exportexpansion zur Stabilisierung der Handelsbilanz). Entsprechend schlecht erscheint die Situation, wenig ermutigend sind die Aussichten: die ökonomische und die ökologische Krise bilden einen sich gegenseitig verstärkenden Zirkel.

Aus diesem *circulus vitiosus* („Teufelskreis“) einen *circulus virtuosus* („Heiligenkreis“) für die Entwicklungsländer zu machen erfordert, den vorherrschenden Methoden des Ressourcenverbrauchs zu begegnen, die durch ungeeignete industrielle und landwirtschaftliche Techniken und kurzfristige Produktivitätseffekte bewirkten Prozesse der Entwaldung, Bodenerosion, Wüstenausbreitung, Klimaveränderung usw. zu stoppen. Alternative, die ökologische Nachhaltigkeit sichernde und sozial weniger kostspielige Entwicklungsmuster sind bekannt und technisch möglich – wenn auch nicht (oder noch nicht) überall umsetzungsfähig. Es kommt daher darauf an, die konkreten Möglichkeiten ökologisch nachhaltiger, sozial wünschenswerter und ökonomisch haltbarer Ressourcennutzung zu bestimmen und zu unterstützen.

1. Schwerpunkte der Umweltbelastung

Der bisher umfassendste Versuch einer Bestandsaufnahme der Umweltprobleme (in der Welt und besonders) in der Dritten Welt – der Zehn-Jahres-Bericht der UNEP – beginnt mit einer Einschränkung: Die Datenlage ist äußerst schwach und zudem höchst lückenhaft. Weder für die Belastung einzelner Bereiche der Umwelt noch die der Gesamtbelastung gibt es eine international verlässliche Berichterstattung.

Die Daten und Analysen des UNEP-Berichts sind in bezug auf die natürliche Umwelt im wesentlichen hochaggregiert, die Welt als Einheit betrachtend, während sie für einzelne Komponenten der sozialen Umwelt in stärkerem Maße entwicklungsländerspezifisch sind.

Was die Atmosphäre, als Teilsystem der natürlichen Umwelt, angeht, zeigen die zu Anfang der 80er Jahre verfügbaren Daten, daß die CO_2 -Konzentration der Luft erheblich zugenommen hat. Die Konsequenz einer globalen Temperaturerhöhung (sog. Treibhauseffekt) ist nicht auszuschließen. Die Entwicklungsländer sind in dem Sinne Verursacher des Problems, daß aus ihrer Energiestruktur und aus ihren Industrialisierungsplänen heraus mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der CO_2 -Konzentration in der Luft zu rechnen ist.

Das Ausmaß des „Sauren Regens“ hat insgesamt weiter zugenommen und teilweise dramatische Formen erreicht. Die Entwicklungsländer sind hiervon bisher – insbesondere im Vergleich mit Nordeuropa und Nordamerika – weniger betroffen, regional aber auch nicht völlig unbelastet. Wenn und in dem Maße wie Schwefeldioxid (SO_2) sich als entscheidender Faktor des Waldsterbens und der Übersäuerung der Böden angesehen werden kann, wird die mit dem Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß einhergehende Zunahme der SO_2 -Emissionen auch die Dritte Welt mit diesem Problem verstärkt konfrontieren. Lokal gesehen ist diese Entwicklung bereits im vollen Gange. So hat die Luftverschmutzung in den großen Städten der Dritten Welt teilweise dramatische Dimensionen erreicht: Die Schadstoffbelastung der Luft in Mexiko City und in Calcutta ist derart hoch, daß Smog-Situationen entstehen, die mit denen Londons zu Beginn der 50er Jahre verglichen werden – ein weltweit bekanntes Negativ-Beispiel der Luftreinhaltepolitik. Im Gegensatz zu London, das relativ schnell eine geeignete Antwort auf das einmal erkannte Problem fand, dürften die (weiterhin wachsenden) Städte der Entwicklungsländer in absehbarer Zeit nicht dazu in der Lage sein, eine effiziente Kontrolle der industriellen Verschmutzer, eine rasche Strukturanpassung und Effizienzverbesserung des Energieangebotes und eine Emissionskontrolle des

weiterhin rasch zunehmenden Individualverkehrs zu garantieren; in den meisten Entwicklungsländern ist zum Beispiel ein TÜV unbekannt.

Der UNEP-Bericht geht davon aus, daß auf globaler und regionaler Ebene eine signifikante Schädigung der Fischerei und der Marinen-ökosysteme nicht erfolgt sei, trotz zunehmender Ölverschmutzung. Gleichzeitig wird festgestellt, daß die tatsächlichen Fischfänge weit unter den potentiellen, bei kompetentem Management möglichen Fischfängen liegen. Die Bevölkerung einiger Entwicklungsländer ist in hohem Maße auf die Versorgung mit Meeresfischen angewiesen. Verhinderung der Meeresverschmutzung bzw. Verbesserung des Managements der Fischbestände und des Fischfanges werden daher zur zentralen Aufgabe der Umweltpolitik, deren Grundlage die Verbesserung der entsprechenden Umweltberichterstattung sein muß.

Die wachsende Weltbevölkerung und die allgemein zunehmende Wasserversorgung pro Kopf haben die Wasserressourcen regional teilweise überfordert, parallel zur fortschreitenden Wasserverschmutzung und anhaltenden, über das Wasser vermittelten Krankheitsübertragung.

Im Bereich der Lithosphäre sind unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Während in den Industrieländern die mit Bergbauaktivitäten verbundenen Umweltprobleme zunehmend mehr erkannt und angegangen werden, hat die Bergbauproduktion in Entwicklungsländern, aber auch die damit einhergehende Entstehung von Umweltschäden, zugenommen: Extraktion und Recycling haben noch nicht die notwendige Balance gefunden.

Der UNEP-Bericht zeigt auf, daß die Erträge in der Nahrungsmittelproduktion im letzten Jahrzehnt angestiegen sind, daß der in den Entwicklungsländern vorhandene und steigende Bedarf aber dennoch nicht gedeckt werden konnte. Die landwirtschaftliche Produktivität der Entwicklungsländer hat zugenommen („Grüne Revolution“), war teilweise aber begleitet von erheblichen Verlusten an ertragreichen Böden, von Wüstenausbreitung, Versalzung und anderen Konsequenzen unzureichenden Managements. Natürliche ländliche Öko-Systeme sind in vielen Entwicklungsländern auf dem Rückzug; Waldrodung, Rückgang der Arten und Verlust genetischer Ressourcen nahmen teils dramatische Ausmaße an. Diese Tendenzen hatten die Proklamation der „World Conservation Strategy“ zur Folge, deren Botschaft im wesentlichen darin besteht, daß Konservierung im weitesten Sinne die Erhaltung und Verbesserung der biologischen Produktivität zum Inhalt hat, durch Prozesse ökologisch und sozial verträglicher Entwicklung.

Der UNEP-Bericht sieht den eigentlichen Gegensatz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern aufbrechen, wenn man die verschiedenen Bereiche der sozialen Umwelt näher betrachtet. Das beginnt mit der Bevölkerungsentwicklung: Die Geburtenraten in den Entwicklungsländern haben sich im letzten Jahrzehnt verringert, die räumliche Konzentration der Bevölkerung hat sich jedoch erheblich verschärft, mit entsprechend dramatischen Verschlechterungen der lokalen Umwelt (Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm, sanitäre Mißstände usw.). Sollten diese bisherigen Trends anhalten, würde sich die städtische Bevölkerung der Dritten Welt bis zum Jahre 2000 erneut verdoppeln. Projektionen gehen davon aus, daß bis dahin 61 Städte in Entwicklungsländern eine Bevölkerung von mehr als 4 Millionen Einwohnern haben könnten, während die entsprechende Zahl für die Industrieländer auf (nur) 25 ansteigt; 18 Städte in Entwicklungsländern werden bis dahin die 10 Millionen-Marke überschreiten.

Man muß sich diese dramatische Entwicklung vorstellen vor dem Hintergrund geringen Einkommens: die Bevölkerungskonzentration übersteigt die Fähigkeit der Entwicklungsländer, Unterkunft und städtische Dienste zur gleichen Zeit bereitzustellen – das pilzhafte Entstehen von Slums und nichtversorgten Siedlungen ist die Folge. Der Anteil der Slumbewölkerung an der Gesamtbevölkerung der großen Städte der Entwicklungsländer übersteigt nicht selten die 60 %-Marke, die jährliche Zuwachsrate dieser Siedlungen liegt vielfach bei über 25 %. Unzureichende Wohnverhältnisse und fehlende Infrastruktur, wie Wasserver- und -entsorgung, Elektrizität, Gesundheitswesen, Schulen und andere soziale Einrichtungen kennzeichnen die Situation in den großen Städten der Entwicklungsländer – und machen sie zu Paradebeispielen nicht gelöster Umweltprobleme.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung der Entwicklungsländer reflektiert diesen Gegensatz. Sechs Krankheiten sind verantwortlich für den Tod von fünf Millionen Kindern jährlich, die sich auf nichtgelöste Umweltprobleme zurückführen lassen. Zunehmend mehr Parasiten und Bakterien werden resistent, ein Problem, das sich insbesondere an den wieder steigenden Fällen von Malaria zeigt.

Im Hinblick auf die unmittelbaren Umwelteffekte der Industrialisierung der Entwicklungsländer ist der UNEP-Bericht relativ optimistisch. Er konstatiert die Bemühungen vieler Regierungen, die Entwicklungsländer nicht zu Verschmutzungsinseln werden zu lassen. Recycling sei attraktiv geworden, obwohl nicht jedes recycling ohne Umweltwirkungen sei. Worauf es aber ankäme, sei der stärkere Einsatz nicht-verschmutzender Technologie und der schnellere Ersatz der verschmutzenden Technologie. Die ökologische Modernisierung der

Wirtschaft ist also eine Aufgabe, vor der nicht nur die alten Industrieländer, sondern auch die Entwicklungsländer stehen. Die Fähigkeiten zu einem solchen ökologischen Strukturwandel der Wirtschaft werden nicht sehr viel anders verteilt sein, als die allgemeinen ökonomischen Möglichkeiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ungleich verteilt sind.

2. Interdependenz ökologischer und ökonomischer Probleme – „Gemeinsame Interessen“ von Nord und Süd

Im letzten Jahrzehnt haben die Begriffe, die die Interdependenz von Nord und Süd beschreiben sollen, vielfach gewechselt, aber nicht an Deutlichkeit verloren: „Nur eine Erde“, „Global 2000“, „Raumschiff Erde“, „Rettungsboot“ u. a. m. Sie wollen besagen, daß es für Nord und Süd um mehr geht als um internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung: Um den Übergang von der Entscheidung, zu einem bestimmten Zweck zusammenzuarbeiten, zu der Einsicht, wegen bestimmter Umstände zur Zusammenarbeit gezwungen zu sein; gemeinsam bedrohende Probleme gemeinsam zu vermeiden. Die Interdependenz von Ökonomie und Ökologie im Nord-Süd Kontext soll im folgenden auszugsweise skizziert werden.

Eine Voreinschätzung vorweg: Die betrachteten Beispiele von Umweltproblemen finden sich wesentlich im Süden und wurden (werden) von vielen Menschen im Norden lediglich als ferne Probleme des Südens begriffen. Umgekehrt werden diese Probleme von vielen Menschen im Süden als vom Norden verursacht (über Techniken, Institutionen, Interessen vermittelt) gesehen. Das Bewußtsein, daß es sich um gemeinsame Probleme handeln könnte, für die gemeinsam tragbare Lösungen gefunden werden müssen, ist (noch) nicht stark ausgeprägt, aber es ist vorhanden und wird auch zunehmend artikuliert: Die Ökologie-Frage wird Bestandteil des Nord-Süd-Dialoges.

Rückgang der Artenvielfalt

Etwa 25 000 Pflanzenarten und mehr als 1000 Tierarten gelten als vom Aussterben bedroht. Eine von zehn terrestrischen Arten könnte im Laufe dieses und des nächsten Jahrzehnts aussterben. Ein Aussterben in diesem Umfang wäre ohne Beispiel in der Menschheitsgeschichte.

Etwa $\frac{2}{3}$ aller terrestrischen Arten und die Mehrzahl der gefährdeten Arten finden sich in den Entwicklungsländern; Tropenwälder beheimaten allein etwa 40 % aller Arten.

Diese wenigen Zahlen machen bereits deutlich, welche unmittelba-

ren Gefahren für den quantitativen Gesamtbestand an Tier- und Pflanzenarten der Welt sich aus einem armutsbedingten Abbau und aus interessenbedingtem Raubbau, d. h. unsachgerechter Nutzung, der natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern ergeben können. Ein signifikanter Verlust an Arten in Entwicklungsländern hätte aber auch andere weltweite Effekte; Effekte auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie, auf Gesundheit und die Lebensqualität im allgemeinen. Aus dem quantitativen Verlust an Arten ergeben sich auch Beeinträchtigungen der Qualität der verbleibenden Arten. So haben beispielsweise viele wichtige Nutzpflanzen in den Industrieländern eine nur beschränkte genetische Basis. Der Verlust an Arten in Entwicklungsländern reduziert entsprechend die Möglichkeiten der Stabilisierung bzw. der Zunahme der Ertragsfähigkeit der Nutzpflanzen in den Industrieländern. Wichtige medizinische und pharmazeutische Produkte in den Industrieländern beruhen direkt oder indirekt auf der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern. Und 40 % der verwendeten Heilmittel werden ganz oder teilweise aus natürlichen Produkten gewonnen, die wiederum zu einem großen Teil aus der Dritten Welt stammen. Das Innovationspotential, damit auch die ökonomische Zukunft der (rasch expandierenden) Bio-Technologie ist (indirekt) auf genetische Ressourcen aus Entwicklungsländern angewiesen.

Trotz dieser offensichtlich interdependenten Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie schreitet der endgültige Verlust an Arten weiter voran. In den Entwicklungsländern selbst fehlt es nicht notwendigerweise an Wissen und know-how; es fehlt aber an ökonomisch realisierbaren Alternativen, und es fehlt vor allem an Anreizen zum Schutz der Arten. Die Entwicklungsländer haben offensichtlich wenig ökonomische Vorteile, die aus der Nutzung ihrer Artenvielfalt in bzw. durch Industrieländer entstehen. Gerade hieraus resultiert in Entwicklungsländern ein zu geringes Interesse an ihrem langfristigen Schutz. Aufgrund wenig ausgeprägten Langfristdenkens und aus der Überlebenslogik des Alltags bricht daher die Kette zwischen ökonomischer Nutzung und ökologischer Nachhaltigkeit der Ressourcen ab. Dies aber erhöht, es mindert nicht, die Verantwortung der Industrieländer, wenn die Funktionsfähigkeit des internationalen Handelssystems aufrecht erhalten werden soll.

Ein Fazit: Eine Dimension der ökologisch-ökonomischen Interdependenz im Nord-Süd Kontext besteht darin, daß ein signifikanter Verlust an Artenvielfalt in Entwicklungsländern Gesundheit und Wohlstand in Industrie- wie in Entwicklungsländern beeinträchtigen wird. Daher sollte ein gemeinsames Interesse von Nord und Süd darin liegen bzw. dazu entstehen, einen solchen Verlust zu vermeiden.

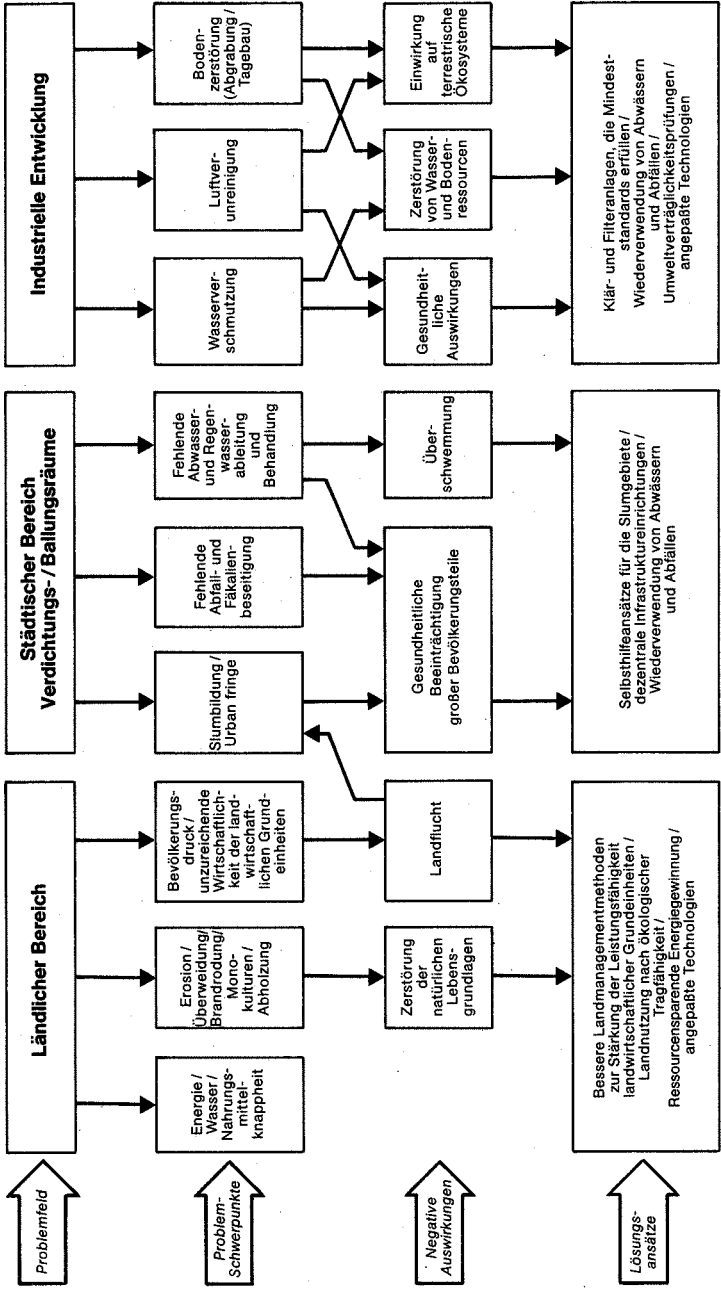
Abnahme an tropischen Wäldern

Viele Experten sind der Auffassung, daß die tropischen Wälder in einem Ausmaß und einer Art und Weise genutzt (ausgebeutet) werden, die ökonomisch und ökologisch nicht aufrecht erhalten werden können. Die Schätzungen über den Verlust an Waldbeständen durch Umnutzung und Degradation sind unterschiedlich und deutlich. Ein gemeinsames Forschungsprojekt von FAO und UNEP kommen zu einer Größenordnung von 14 % der Bestände bis zum Jahr 2000 oder 7,6 Mio ha jährlich – und zwar für Umnutzung und geschlossene tropische Wälder allein berechnet. Studien, die die Degradation einschließen, kommen auf eine entsprechende Größenordnung von 40 % oder 20 Mio ha jährlich. Ein Bericht der FAO zeigt, daß Wiederaufforstung zur Zeit nur etwa 10 % der Flächen ausmacht, die abgeholzt werden.

Individuell bzw. betriebswirtschaftlich gesehen, erfolgen diese Aktivitäten mit dem Blick auf die kurzfristige Verbesserung der Ertragslage, volkswirtschaftlich zur Erzielung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Stabilisierung der Zahlungsbilanz. Weltweit entspricht diesem Süd-Nord-Transfer an „Naturkapital“ ein bestimmter Transfer an Geldkapital. Die endgültige Verteilung des durch die Nutzung der Natur entstehenden Geldes bleibt dabei offen (wer gewinnt mehr: der Norden oder der Süden?), der Verlust an Natur ist endgültig. Niemand hat bisher die Bedeutung der damit einhergehenden ökologischen Verluste in ihrer langfristigen Wirkung auf die ökonomische Ertragslage bzw. die Wachstumschancen der Entwicklungsländer ermittelt.

Ausformungen der Entwaldungsprozesse in der Dritten Welt differieren von Region zu Region nicht unerheblich: Schaffung von Siedlungsfläche, die Konversion in Weideland und sonstige landwirtschaftliche Nutzung, Brennholzverwendung, Holzkohleherstellung, Export von Holz für industrielle Zwecke sind in ihrer jeweiligen Bedeutung höchst unterschiedlich. Weltweit betrachtet hat man (1979) den Anteil des Holzeinschlages in tropischen Wäldern, der auf Brennholz- und Holzkohleherstellung einerseits und industrielle Verwendung andererseits entfällt, auf 4:1 geschätzt. Schätzungen dieser Art sind aber strittig und zeitlich gesehen auch nicht fix. Unstrittig ist allerdings, daß der Energiebedarf eine wesentliche Einzelursache für die Entwaldung in Entwicklungsländern ist und daß seine Deckung wiederum stark hiervon beeinträchtigt wird. Es gibt lokal akute und national zunehmende Knappheit an Brennholz in vielen Ländern Asiens und Afrikas. Hieraus entstehen wiederum aufgrund der ökologischen Systemzusammenhänge vielfältige schwerwiegende Folgeprobleme.

Weitreichende ökologische Effekte können also aus kurzfristigen



Umweltprobleme in Entwicklungsländern (nach H. Weinert u. a.: Entwicklungsprobleme . . . S. 14)

ökonomischen Entscheidungen entstehen: Erosion, Überflutung, Klimaänderung, Versalzung von Bewässerungssystemen und hydroelektrischen Anlagen – woraus letztlich wiederum Gefährdung der Wirtschaftskraft und der Exportfähigkeit resultiert. Nach Schätzungen der UNEP könnten die Waldreserven in Malaysia und den Philippinen in ca. 10 Jahren weitgehend erschöpft sein, bei weiter anhaltender starker Ausbeutung würden die Wälder Thailands in ca. 25 Jahren völlig abgeholzt sein.

Angesichts solcher Tendenzen werden lokale Praktiken der Holzgewinnung und Waldrodung zu globalen Problemen und die Wiederentdeckung eines einfachen, traditionellen (ökologischen) Prinzips der Holzwirtschaft erscheint auf weltweiter Ebene notwendig: „Nicht mehr Holz einschlagen als nachwächst!“ So einfach die Anwendung dieses Prinzips unter normalen ökonomischen Bedingungen erscheint, so schwierig wird sie, wenn diese Bedingungen gestört sind. In vielen Ländern der Dritten Welt reduziert kurzfristige Entscheidungsnot die langfristige Entscheidungsfähigkeit: Die verstärkte Nutzung des Waldes für die kurzfristige Sicherung des Energiebedarfs (Brennholz, Holzkohle) gefährdet langfristig das Überleben im Rahmen der lokalen Ressourcenbasis. Die Abholzung des Waldes und verstärkter Holzexport aus Gründen der kurzfristigen Stabilisierung der Handelsbilanz gefährdet langfristig eben diese Exportfähigkeit des Landes.

Das Beispiel der raschen Abholzung der tropischen Wälder der Entwicklungsländer macht einen anderen Zusammenhang deutlich: die Summe der Umweltschutzmaßnahmen in einzelnen Ländern (hier: der Schutz des Waldes in den Industrieländern) ist kein hinreichender Ansatz zur Lösung der Umweltprobleme im Weltmaßstab. Nationale Umweltinnenpolitik allein genügt nicht. Das Umweltthema muß ein Thema der Außen- und Entwicklungspolitik werden. Der Erfolg (oder Mißerfolg) der Umweltpolitik ist nicht innerhalb nationaler Grenzen meßbar, weil die meisten Umweltprobleme nicht an der Grenze halt machen!

Die Umweltbedingungen in Entwicklungs- und Industrieländern hängen über eine weitere ökonomische Kette unmittelbar miteinander zusammen: Der Verlust an Bodenfruchtbarkeit aufgrund ökologischer Schädigungen in Entwicklungsländern erhöht bei weltweit weiter steigendem Bedarf (aufgrund der Bevölkerungszunahme) die Nahrungsmittelproduktion in Industrieländern (für Exporte und Überlebenshilfen) und führt dort auf marginalen Böden zu Bodenerosion oder fördert über die Chemisierung der Landwirtschaft die Gefahr der weiteren Belastung von Boden und Wasser (und damit letztlich des Menschen).

Ein Fazit: Die Nachteile eines raschen Abbaus der tropischen Wälder sind potentiell bedeutsam für die Entwicklungsländer aber auch die Industrieländer. Einige der Konsequenzen des „zu wenig Tuns“ und des „zu spät Handelns“ werden unumkehrbar sein. Gemeinsames Handeln ist dennoch bzw. gerade deshalb jetzt erforderlich.

Umweltstandards und industrielle Standortentscheidung

Im letzten Jahrzehnt stammte mehr als die Hälfte aller industriellen Investitionen in der Dritten Welt nicht aus den Entwicklungsländern, sondern waren extern vermittelt, im wesentlichen über Multinationale Unternehmen. Ein großer Teil dieser ausländischen Direktinvestitionen bezog sich auf die Nutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen, wie Brennstoffe, Mineralien, Holz, Fisch usw., deren Endverbrauch wiederum zum Großteil in Industrieländern erfolgte.

Neuere wissenschaftliche Studien haben den Trend aufgezeigt, Primärgüterindustrien in verstärktem Maße in Entwicklungsländern anzusiedeln. Niedrigerer Lohn und sonstige Produktionskosten, einschließlich Umweltschutzkosten, spielen hierbei eine Rolle. Diese Tendenz ist besonders deutlich bei einigen der traditionellen industriellen Großverschmutzer: Stahl, Aluminium, Asbest, toxische Chemikalien. Trotzdem scheinen die Unterschiede in den Umweltstandards und -schutzbestimmungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im allgemeinen nicht der entscheidende Faktor der Standortentscheidung gewesen zu sein; Art der Ressource, Größe des Binnenmarktes, Lohn-, Energie- und Transportkosten zusammengenommen sind jeweils bedeutsamer. Entwicklungsländer haben dem industriellen Umweltschutz trotzdem keine hohe Priorität beigemessen, wenn über Vereinbarungen für Multinationale Unternehmungen verhandelt wurde: Steuern, Devisenkontrolle, Beschäftigungsgarantien und Technologietransfer waren stets bedeutsamere Themen. Als Konsequenz ergibt sich, daß Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und Multinationalen Unternehmen entweder keine oder nur begrenzte Bestimmungen zum Umweltschutz enthalten.

Dennoch besteht ein Handlungsbedarf in bezug auf eine Harmonisierung der Umweltstandards, und zwar nicht nur im regionalen Bereich (zum Beispiel: Abgaskatalysator in Westeuropa) oder im Ost-West-Zusammenhang (zum Beispiel: transnationale Luftverschmutzung), sondern auch im Nord-Süd-Kontext. Insbesondere besteht für die Entwicklungsländer ein zeitlich zunehmendes Risiko darin, wegen niedriger Umweltstandards Absatzchancen ihrer Produkte in den Industrieländern zu verlieren bzw. erst gar nicht zu erhalten (z. B. Importbeschränkung wegen Pestizidrückständen in Nahrungsmitteln).

Das Interesse an der Teilhabe an den möglichen Vorteilen des internationalen Systemzusammenhangs erfordert also die Einhaltung von (gemeinsam zu vereinbarenden) Spielregeln. Diese Einsicht dürfte nicht nur für ökonomische, sondern mehr und mehr auch für ökologische Spielregeln gelten.

Ein Bericht der UNCTAD und UNEP über den Zusammenhang von Ressourcen, Umwelt und Außenhandel macht unter anderem folgende Vorschläge:

- Die Regierungen ressourcenreicher Entwicklungsländer sollten alsbald eine Umweltgesetzgebung und eine effektive Umweltpolitik entwickeln.
- Umweltschutzgesichtspunkte sollten in allen zu vereinbarenden Verträgen über den Abbau natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern größere Beachtung finden.
- Eine Besteuerung des Ressourcenabbaus bzw. des Exports sollte eingeführt werden, aus deren Aufkommen die Behandlung vorhandener bzw. entstehender Umweltprobleme finanziert werden sollte.

Ein Fazit: Aus den obigen Überlegungen und den wiedergegebenen Vorschlägen ergibt sich nicht, daß die Umweltstandards und -bestimmungen in Industrieländern und Entwicklungsländern vollständig identisch werden müssen. Es gibt ganz sicherlich eine Wechselbeziehung zwischen Umweltschutz und Einkommenszunahme: das heißt, daß in armen Ländern die Notwendigkeit zur Steigerung des Einkommens mit der Notwendigkeit zum Schutz der natürlichen Ressourcen stärker konkurriert als das in Industrieländern der Fall ist. Es heißt aber nicht, daß die Entwicklungsländer auf Umweltschutz verzichten oder ihre natürlichen Ressourcen in der Zukunft im selben Maße ausbeuten lassen dürfen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. In diesem Sinne schafft die Interdependenz der ökologischen und ökonomischen Probleme in Industrie- und Entwicklungsländern gemeinsame Interessen von Nord und Süd. Es gilt, diese zu erkennen und international zu einem Thema werden zu lassen.

Ohne Zweifel wird die Ernsthaftigkeit und die Intensität, mit der dieses Thema behandelt wird, abhängig sein vom Zeithorizont, den die Beteiligten haben: je weiter der Zeithorizont, umso deutlicher wird der Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung, von Ökonomie und Ökologie.

Udo Ernst Simonis
(Wissenschaftszentrum Berlin)

Literaturhinweise

Global 2000, Der Bericht an den Präsidenten, Frankfurt a. M. 1980.

V. J. Hartje, Umwelt- und Ressourcenschutz in der Entwicklungshilfe, Frankfurt a. M. 1982.

UNEP (Hrsg.), Umwelt – weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 1972–1982, Berlin 1983.

F. Weinert, R. Kress, H.-J. Karpe, Umweltprobleme und nationale Umweltpolitiken in Entwicklungsländern, München, Köln, London 1981.